

## **Hasskriminalität im Internet als politisch motivierte Kriminalität**

Aktuelle Herausforderungen aus kriminologischer und kriminalistischer Perspektive

### Abstract zur Masterarbeit von Philipp Heid

Politisch motivierte Hasskriminalität im Internet ist aufgrund herausragender Ereignisse in den Jahren 2019 und 2020 in den gesellschaftlichen, medialen und politischen Fokus gerückt. Hierzu zählen insbesondere das rechtsterroristisch motivierte Tötungsdelikt zum Nachteil des Kasseler Regierungspräsidenten am 2. Juni 2019 und der antisemitisch motivierte Anschlag in Halle vom 9. Oktober 2019. Diese Fallvignetten werden genutzt, um die Herausforderungen bei der Bekämpfung des Phänomens im Rahmen dieser literaturtheoretisch-analytischen Arbeit darzustellen.

Zur Schaffung von Grundlagen werden zunächst eine definitorische Rahmung des Phänomens vorgenommen, ein kursorischer Überblick über die verfassungsmäßig garantierte Meinungsfreiheit sowie relevante strafrechtliche Tatbestände gegeben und Problemstellungen, die sich aus der Anwendung von nationalem Straf- und Strafprozessrecht auf computerbasierte Delikte ergeben, erörtert.

Im Hinblick auf die kriminologischen Implikationen werden eine phänomenologisch-ätiologische Betrachtung des Phänomens und seiner Ausprägung sowie eine Beschreibung von Erklärungsansätzen und seiner Auswirkungen vorgenommen, ehe die Ergebnisse dieser Analyse zusammengeführt werden und hieraus die Präventabilität des Phänomens abgeleitet wird.

Aus kriminalistischer Perspektive werden die Anforderungen und Herausforderungen bei der Bekämpfung des Phänomens anhand der Teildisziplinen Kriminaltaktik, Kriminalstrategie und Kriminaltechnik erörtert, wobei Schwerpunkte auf die forensischen Aspekte digitaler Spuren sowie auf die Möglichkeiten und Grenzen der automatisierten Detektion entsprechender Inhalte gelegt werden.

Hiernach erfolgt eine Analyse von mit dem Phänomen in Zusammenhang stehenden legislativen Aktivitäten *de lege lata* und *de lege ferenda* zum Rechtsstand 31.01.2021, in deren Zentrum der Regelungsinhalt des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes steht.

Abschließend werden aufgrund der mit der Thematik einhergehenden gesamtgesellschaftlichen Problemstellung und eines nicht ausreichenden empirischen Erkenntnisstands, das Erfordernis einer weiteren empirischen und interdisziplinären Forschung sowie bestehende Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.